Alice Weidel hat es wieder getan. Die AfD-Vorsitzende hat Adolf Hitler wieder zum Linken erklärt. Auf der AfD-Pressekonferenz nach den Wahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern am Montag erklärte sie (bei Minute 1:04:26): „Adolf Hitler hat eine völlig linksgerichtete Politik gemacht. Er war ein Linksradikaler, ein Linksextremist." [1] Wer sich mit der Geschichte beschäftige, werde diese Behauptung bestätigt finden, versicherte Weidel. Herausforderung angenommen. Ein Kommentar von **Detlef Koch**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/260923_Nein_Frau_Weidel_Hitler_war_kein_Linker_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschafter gehörten zu den Gegnern, gegen die das Nazi-Regime seine Gewalt richtete. Ihre Organisationen wurden ausgeschaltet, ihre Mitglieder verfolgt. Für den 2. Mai 1933, vormittags zehn Uhr, sah Robert Leys Rundschreiben vom 21. April 1933 den Zugriff auf die freien Gewerkschaften vor. [2] SA und SS sollten ihre Häuser besetzen und Funktionäre in „Schutzhaft" nehmen. Zugleich sollte den Mitgliedern versichert werden, ihre Rechte blieben gewahrt. So sah die nationalsozialistische „Fürsorge" für die Arbeiterschaft aus. Hitler nachträglich als ihren politischen Verbündeten auszugeben, ist eine Verhöhnung derer, die seiner Herrschaft widerstanden.

Auch kommunistische Diktaturen haben linke Oppositionelle verfolgt. Die Gegnerschaft zur Arbeiterbewegung allein entscheidet deshalb nicht über Hitlers politische Einordnung. Norberto Bobbio unterscheidet das Verhältnis zur Gleichheit von der Frage nach Freiheit und autoritärer Herrschaft. Es gibt demokratische und autoritäre Linke wie Rechte. Den Nationalsozialismus ordnet er ausdrücklich der extremen Rechten zu: Er bekämpfte Freiheit und rechtfertigte Ungleichheit und welche Ungleichheit, zeigt seine Politik. [3]

In seiner Ordnung entschied die zugeschriebene Abstammung darüber, ob Menschen dazugehören durften, welche Rechte sie besaßen und schließlich, ob sie leben sollten. Juden wurden entrechtet und ermordet. Roma und Sinti wurden fast vollständig ausgerottet. Die Eroberung Osteuropas sollte eine rassische Herrschaftsordnung schaffen und kein sozialistisches Paradies erschaffen. Das Individuum hatte sich dem vermeintlichen Interesse des deutschen „Volkskörpers" zu unterwerfen. Ein Jude konnte durch keine noch so tadellose Lebensführung zum gleichberechtigten Mitglied dieser Gemeinschaft werden. Der

Ausschluss steckte in ihrer Definition. Das war das politische Zentrum des Nationalsozialismus. Hitlers Antimarxismus gehörte dazu. Er bekämpfte eine politische Tradition, die Menschen auch über nationale Grenzen hinweg durch gemeinsame soziale Interessen verband.

War die NSDAP „sozialistisch“?

Das Vorhaben war extremistisch. Die Faschismusforschung beschreibt es als Projekt einer „nationalen Wiedergeburt“: Eine angeblich verfallene Nation soll gewaltsam erneuert werden. Dafür können ihre Anhänger auch überkommene konservative Bindungen zertrümmern. Der Soziologe Michael Mann untersucht, wie sich dieses Versprechen mit autoritärer Staatsmacht und paramilitärischer Gewalt verband. Die Überwindung des Klassenkampfes sollte die ganze Nation als Verfügungsmasse verfügbar machen. Arbeiter und Unternehmer bekamen dabei aber durchaus unterschiedliche Plätze zugewiesen. Die einen sollten gehorchen, die anderen konnten weiterhin Unternehmen besitzen und Gewinne erzielen. Das klingt eher nach rheinischem Kapitalismus und nicht nach sozialistischem Aufbruch.

Nun steht das Wort „Sozialismus“ aber tatsächlich im Namen, das ist nicht zu leugnen. Die NSDAP erhob 1920 tatsächlich Forderungen nach Verstaatlichung von Trusts, Gewinnbeteiligung an Großbetrieben, Altersversorgung und Bodenreform. Das lässt sich in ihrem Programm nachlesen. [4] Man sollte dann allerdings auch die übrigen Punkte lesen. Staatsbürger sollte nur sein können, wer „deutschen Blutes“ war. Juden, Sinti und Roma wurden ausdrücklich ausgeschlossen. Die staatliche Sicherung des Lebensunterhalts sollte vorrangig dieser abgegrenzten Gruppe gelten. Könne der Staat die Gesamtbevölkerung nicht ernähren, sollten Nichtstaatsbürger ausgewiesen werden. Das war bestenfalls sozialistische Verheißung mit einer Art rassistischer Zugangskontrolle.

Innerhalb der NSDAP wurde über die wirtschaftlichen Forderungen wirklich ernsthaft gestritten. Reinhard Kühnl hat am Strasser-Programm von 1925/26 gezeigt, dass diese Auseinandersetzungen keineswegs bloß persönliche Rivalitäten waren. Die Strasser-Anhänger wollten die Führung auf antikapitalistische Forderungen festlegen und verstanden sich durchaus als Sozialisten. Ihr Entwurf verlangte eine nationale Diktatur und den Entzug der Staatsbürgerrechte jüdischer Deutscher. [5] Hitler aber setzte sich gegen diese Konkretisierung durch. Wer heute auf den „linken Flügel“ der NSDAP verweist, muss schon erklären, weshalb dessen Konflikt mit Hitler ausgerechnet Hitler zum Linksradikalen machen soll.

Das Versprechen der „Volksgemeinschaft“

Der Historiker Michael Wildt zeigt, was das Versprechen der „Volksgemeinschaft“ leisten konnte. Es vermittelte Zugehörigkeit, weckte Erwartungen und verschaffte dem Regime Zustimmung. [6] Erfahrungen von Gemeinschaft waren für die Beteiligten nicht einfach eingebildet. Ich erinnere nur an die Kameradschaftsabende im Reichsarbeitsdienst (RAD) oder das Programm „Kraft durch Freude“ (KDF). Die sozialen Gegensätze verschwanden deshalb aber keineswegs. Arbeitgeber blieben Arbeitgeber, Arbeitnehmer blieben abhängig. Zugleich konnte sich der in der Gemeinschaft eingeschlossene „Volksgenosse“ über die Ausgeschlossenen erheben. Das Angebot lautete, innerhalb einer rassischen Rangordnung auf der bevorzugten Seite zu stehen. Mit gleichen Rechten für alle in einer klassenlosen Gesellschaft hatte es nichts zu tun.

Von der Zerschlagung unabhängiger Arbeitnehmervertretungen profitierten auch Unternehmer. Hitler regierte mit maßgeblichen Teilen der wirtschaftlichen Eliten. Unternehmen fanden im Regime Aufträge und Möglichkeiten zur Expansion, der Staat benötigte ihre Produktionskapazitäten für die Aufrüstung. Dabei ging es um konkrete Interessen, um Eigentum, Gewinne und Einfluss. Die Beziehungen waren weder überall gleich noch konfliktfrei. Für die Behauptung, hier habe ein linker Politiker die Macht des Kapitals gebrochen, gibt es keinen Beleg.

Der Ökonom Germà Bel hat die Privatisierungspolitik der Nationalsozialisten untersucht. Während anderswo in der Wirtschaftskrise verstaatlicht wurde, übertrug das NS-Regime in den dreißiger Jahren staatliches Eigentum an private Erwerber. Bel erklärt diese Politik auch aus dem Bestreben, die Unterstützung wirtschaftlicher Gruppen zu gewinnen und zu festigen. Hinzu kam der Finanzbedarf der Aufrüstung. Die Regierung verkaufte Vermögen und band Unternehmer an sich. [7]

Staatliche Kontrolle und Regulierung nahmen dabei weiter zu. Man konnte unter Hitler mehr private Anteile besitzen und trotzdem enger an seine politischen Vorgaben gebunden sein.

Ein Beispiel sind die Vereinigten Stahlwerke. 1936 verkaufte die Regierung ihre verbliebene Beteiligung für rund 100 Millionen Reichsmark an das Unternehmen. Bel verweist auf Fritz Thyssen, einen frühen Unterstützer Hitlers, und die Rückkehr staatlicher Beteiligungen in private Hände. Er deutet den Vorgang als Teil der politischen Bindung zwischen Regierung und Großindustrie. Das Regime suchte und festigte die Zusammenarbeit mit Unternehmern, deren Eigentumsinteressen es bediente. Für einen angeblichen Feldzug gegen die Kapitalisten war das eine bemerkenswert entgegenkommende Praxis.

Nicht jeder Unternehmer, der später profitierte, hatte Hitler schon vor 1933 unterstützt. Bel

beschreibt anfängliche Zurückhaltung vieler Industrieller; Unterstützung, Anpassung und eigene Initiative entwickelten sich zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Gerade deshalb lohnt der Blick auf die Entscheidungen nach der Machtübernahme.

Private Gewinninteressen und diktatorische Steuerung

Wie eng die wirtschaftlichen Spielräume tatsächlich waren, ist in der Forschung umstritten. Peter Hayes betont die zunehmende staatliche Regulierung, Einschüchterung und den Zwang. [8] Christoph Buchheim und Jonas Scherner heben dagegen fortbestehende unternehmerische Entscheidungen, Vertragsbeziehungen und finanzielle Anreize hervor. [9] Beide Seiten untersuchen ein Verhältnis, in dem private Gewinninteressen und diktatorische Steuerung ineinandergriffen. Der Streit ist aufschlussreich, weil er die wirklichen Machtverhältnisse betrifft. Für Hitlers angeblichen Linksextremismus liefert dieser Streit allerdings keinen Beleg. Wer wie Alice Weidel jede staatliche Lenkung zu Sozialismus erklärt, hat wohl vergessen, was gelenkt wurde und zu welchem Zweck.

Bei IG Farben wird dieser Zweck besonders deutlich. Mark Spoerer beschreibt die enge Verbindung des Konzerns zur Aufrüstung, unter anderem durch die Herstellung synthetischer Treibstoffe und von Buna, einem synthetischen Kautschuk. [10] Hayes zeigt zudem, wie sich einzelne Führungskräfte von IG Farben und Degussa mit staatlichen und militärischen Stellen verbanden. [11] Solche Allianzen konnten sogar Konflikte innerhalb der Unternehmen verschärfen. Die Industrie war kein einheitlicher Block. Ihre führenden Männer waren überwiegend keine unbeteiligten Zuschauer, denen Politik lediglich widerfuhr, sondern empathielose Täter, verantwortlich für Tausende von Toten.

Mit Auschwitz-Monowitz führt die Geschichte in einen Bereich, in dem das Gerede vom linken Hitler besonders schäbig wird. IG Farben setzte beim Aufbau seines Werks KZ-Häftlinge ein. Über ihren Einsatz verhandelte ein Privatunternehmen mit der SS. Spoerer schildert, wie wirtschaftliche Kalkulationen die Lebensbedingungen der Gefangenen beeinflussten. Die Häftlinge waren einer Gewalt ausgeliefert, in der Arbeitsfähigkeit über ihre weitere Verwendung entschied. Hier wurde der Mensch als verschleißbare Arbeitskraft behandelt. Den Herrscher dieses Systems nachträglich zum Vertreter einer Politik der Arbeiterbefreiung zu erklären, verhöhnt auch die Opfer dieser Verbindung von Unternehmensinteressen und staatlichem Terror. An dieser Stelle wäre der geeignete Zeitpunkt, sich bei den Nachfahren der zahllosen Opfer zu entschuldigen, Frau Weidel.

Besonders bedrückend ist der von Spoerer untersuchte Umgang mit kranken Häftlingen. IG Farben setzte gegenüber der SS durch, dass Tagessätze für Kranke höchstens 21 Tage zu zahlen waren. Kranke wurden nach Auschwitz zurückgeschickt und durch andere Häftlinge

ersetzt. Die Gefangenen hatten keine Möglichkeit, sich gegen diese Verfügung über ihren Körper zu wehren.

Neue Möglichkeiten der Ausbeutung

Eine echte demokratische Linke muss weder jede Wirtschaftslenkung verteidigen noch jede private Firma abschaffen, um links zu sein. Ihr Anspruch auf das Linkssein wird dort konkret, wo Beschäftigte Rechte haben, ihre Interessen organisieren und wirtschaftlicher Macht Grenzen setzen können. Hitlers Herrschaft zerstörte systematisch solche Möglichkeiten und schuf zugleich für Teile der Unternehmerschaft neue Möglichkeiten der Ausbeutung.

Das Handeln wirtschaftlicher Eliten erzeugt auch noch heute weltweit großes Leid und tötet in unvorstellbarer Menge. Jean Ziegler, der ehemalige UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, bemerkte schon 2012 in der Zeitung *junge Welt*:

> „Der deutsche Faschismus brauchte sechs Kriegsjahre, um 56 Millionen Menschen umzubringen – die neoliberale Wirtschaftsordnung schafft das locker in gut einem Jahr.“ [12]

Weidels Etikettierung erleichtert die Flucht aus dieser Frage. Plötzlich soll man über die angeblich linke Herkunft des Nazi-Regimes streiten, statt seine tatsächlichen Partner und Profiteure zu betrachten, oder sich endlich auf die mörderische neoliberale Ideologie zu konzentrieren, die die AFD (und andere Parteien im Bundestag) mit ihrer Wirtschaftspolitik vertreten.

Der Name „Nationalsozialismus“ ist eine historische Bezeichnung für diese Bewegung und ihr Regime, aber kein Hinweis auf die Bedeutung des Wortes „Sozialismus“.

Verhöhnung des Widerstands

Frau Weidel, Sie haben zur Beschäftigung mit der Geschichte aufgefordert. Ich habe die Herausforderung angenommen. Die Dokumente zeigen einen Hitler, der Gleichheit bekämpfte, die Arbeiterbewegung verfolgen ließ und sich mit maßgeblichen Teilen der Großindustrie verband. Sie zeigen, wer seine Macht stützte und wer ihr ausgeliefert war. Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschafter verfolgte Hitler als Gegner mit tödlicher Präzision.

Frau Weidel, bitte verhöhnen Sie diese großartigen und mutigen Männer und Frauen nicht als Genossen von Adolf Hitler. Ich glaube, jetzt ist ein guter Zeitpunkt für eine Entschuldigung!

Titelbild: Juergen Nowak / shutterstock.com

Mehr zum Thema:

Musk und Weidel – Viel Lärm um nichts

[«1] Weidel, A. (2026): Äußerung auf der AfD-Pressekonferenz nach den Wahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. 21. September, Video, Zeitmarke 1:04:26–1:04:33.

[«2] Ley, R. (1933): Rundschreiben zur Gleichschaltungsaktion gegen die Freien Gewerkschaften, 21. April. In: *Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof*, Bd. XXV, Nürnberg 1947, Dokument 392-PS, S. 534–536.

[«3] Bobbio, N. (1996): *Left and Right: The Significance of a Political Distinction*. Übersetzt von Allan Cameron. Chicago: University of Chicago Press, S. 77–79, insbesondere S. 79.

[«4] NSDAP (1920): Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, 24. Februar, Punkte 13–17. In: Treue, W. (Hrsg.) (1955): *Deutsche Parteiprogramme 1861–1954*. Göttingen: Musterschmidt, S. 143–146.

[«5] Kühnl, R. (1966): „Zur Programmatik der nationalsozialistischen Linken: Das Strasser-Programm von 1925/26“. *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 14(3), S. 317–333, insbesondere S. 317, 322–324 und 331.

[«6] Wildt, M. (2014): „Volksgemeinschaft“. *Docupedia-Zeitgeschichte*, Version 1.0, 3. Juni, insbesondere Abschnitt 2 „Deutungskontroverse“.

[«7] Bel, G. (2010): „Against the mainstream: Nazi privatization in 1930s Germany“. *The Economic History Review*, 63(1), S. 34–55, insbesondere S. 49–53.

[«8] Hayes, P. (2009): „Corporate Freedom of Action in Nazi Germany“. *Bulletin of the German Historical Institute*, 45, S. 29–42, insbesondere S. 30–32.

[«9] Buchheim, C. und Scherner, J. (2009): „Corporate Freedom of Action in Nazi Germany: A Response to Peter Hayes“. *Bulletin of the German Historical Institute*, 45, S. 43–50, insbesondere S. 43–44 und 49–50.

[«10] Spoerer, M. (2008): *Zwangsarbeit im Dritten Reich*. Frankfurt am Main: Norbert Wollheim Memorial, Goethe-Universität/Fritz Bauer Institut, insbesondere S. 19–20.

[«11] Hayes, P. (2009): „Corporate Freedom of Action in Nazi Germany“. *Bulletin of the German Historical Institute*, 45, S. 29–42, insbesondere S. 39.

[«12] Wolter, P. (2012): „Für die Völker des Südens hat der dritte Weltkrieg längst begonnen“. Interview mit Jean Ziegler. *junge Welt*, 16. November.